

Dmitri Zelenin – Bremen bezahlbar machen!

Kandidatur auf Listenplatz 8, unterstützt durch den Kreisverband Links der Weser

Schreibt mir gern

✉ dmitri.zelenin@dielinke-bremen.de oder
auf instagram [dmitri.zelenin](https://www.instagram.com/dmitri.zelenin)



Kurzfassung tl;dr: Wir merken bei jeder Aktion der Wohnkampagne: Bremen braucht bezahlbare Mieten. Während zehntausende Bremer*innen zu viel Geld fürs Wohnen bezahlen, machen andere Kasse: Mitten in der Neustadt lässt Bremermann das 10.000m² große Güldenhausquartier seit 1999 leerstehen und verfallen. Wir wollen dieses Grundstück enteignen und dort bezahlbare Wohnungen bauen - und machen diesen Kampf zum zentralen Projekt meines Wahlkampfs und Mandats. Darüber hinaus sind seit vielen Jahren inhaltliche Schwerpunkte meiner politischen Arbeit der Einsatz für eine sozialistische Gesundheits- und Wohnpolitik. Diese Expertise und Einsatz will ich mit in die Bürgerschaft tragen. Wir brauchen einen Wahlkampf und politische Arbeit, die selbstbewusst und kämpferisch einen sozialistischen Gegenentwurf vertritt. Wir müssen den Anspruch an eine mögliche Regierungsbeteiligung stellen, dass sie nennenswerte Kernelemente sozialistischer Politik umzusetzen hat, statt lediglich eine sozialere Mängelverwaltung. Schlussendlich möchte ich das Mandat nutzen, um an meiner bisherigen Arbeit anzusetzen – aktiv die politische Bildungsarbeit und den Strukturaufbau in den Quartieren zu stärken. Dazu gehört auch: mich ersetzbar zu machen und frühzeitig Genoss*innen in die parlamentarische Arbeit mitzunehmen.

Eine 10.000 m² Ruine mitten in der Neustadt

Zehntausend Quadratmeter, beste Lage – während immer mehr Menschen verzweifelt nach Wohnungen suchen oder sich nur schwer Räume für öffentliche Projekte (wie einer Drogenhilfeeinrichtung in der Neustadt) finden lassen, **verhindert Bremermann eine sinnvolle Nutzung des seit 1999 leerstehenden Güldenhausquartiers** in der Neustadt. Statt Wohnraum, Erholungs- und Grünflächen, Gesundheits-, Kultur- oder Sozialprojekte zu ermöglichen, lässt Bremermann das Gebiet verfallen. **Das Güldenhausquartier ist im Land Bremen dabei kein Einzelfall** – in ganz Bremen und Bremerhaven, auch in anderen beliebten Wohnlagen, verwandeln Spekulanten einzelne Gebäude und ebenso große Gelände wie das Güldenhausquartier in Schrott. Einfach weil es sich rentiert.

Diese Rechnung darf für Bremermann und Konsorten nicht aufgehen! Gemeinsam mit dem Kreisverband wollen wir das Mandat nutzen, um mit der Mitgliedschaft und den Neustädter*innen den Kampf um das Güldenhausquartier und gegen Leerstand neu anzufachen. **Egal ob in Opposition oder als Regierungspartei: unser Ziel ist es, das hier nach der nächsten Legislatur bezahlbare Wohnungen entstehen.** Begleitend zur außerparlamentarischen Arbeit will ich als Abgeordneter auch mit den Beiräten den Instrumentenkasten der parlamentarischen Arbeit einsetzen um den politischen Druck zu erhöhen: mit Anfra-

gen, Initiativen und dem vereinfachten medialen Zugang. Nicht nur können wir hier Erfahrungen sammeln, wie wir weitere solcher Flächen in die öffentliche Kontrolle und zu einer solidarischen Nachnutzung führen – auch haben wir damit ein konkretes Projekt in dem Genoss*innen und Öffentlichkeit sichtbare und praktische Wirksamkeit erfahren können.

Als **Mitarchitekt und Antreiber der Bremer Wohnkampagne** möchte ich damit unseren Einsatz für bezahlbares Wohnen gegen das Kapital, gegen die Bremer Männer dieser Stadt, in den Wahlkampf und ins Parlament tragen. Es gibt kein Thema das so anschaulich zeigt, wie sehr der Großteil von einer sozialistischen Politik profitieren würde und gleichzeitig so viele Menschen in den Großstädten ernsthaft beschäftigt. Leerstand, Verwahrlosung von Immobilien und horrenden Mietpreise sind für den Großteil der Bremer*innen keine Unbekannte. Unser Werkzeugkoffer auch auf Landesebene ist gut gefüllt: von Mietwucherverfolgung über Vergesellschaftung bis hin zur Schaffung landeseigener Bauunternehmen.

Der Kampf für bezahlbares Wohnen wird am Beispiel des Güldenhausquartiers das zentrale Thema in meinem Wahlkampf.

Dem Trend die Stirn bieten

Es ist nicht unsere Partei die einen bemerkenswerten Linksruck erlebt, wie in einem WK-Kommentar Anfang des Jahres fälschlicherweise attestiert wird – beängstigenderweise ist es **das bürgerliche Parteienspektrum** von Grünen bis zur FDP, das sich kontinuierlich **immer weiter nach rechts bewegt**. Ob in der Verschärfung der rassistischen Grenzpolitik, drohender Militarisierung und dem Ruf nach Law&Order, die Angriffe auf den Sozialstaat, auf gesundheitspolitische Garantien und das Streikrecht, ökonomische Deregulierung und die Abkehr von der Energiewende – das und mehr zeigt eine systematische Diskursverschiebung nach rechts. **Nichtsdestotrotz haben wir programmatische Standhaftigkeit bewiesen**, noch glaubhafter seit der Spaltung vor 2 Jahren. **Zuletzt haben wir im Frühjahr der CDU-Kampagne gegen links die Stirn geboten** und uns vor Kulturzentren, Buchläden und die kritische Zivilgesellschaft gestellt, die zum Teil mit geheimdienstlichen Mitteln angegriffen und diskreditiert wurden. Damit wurden wir für viele Menschen attraktiv und viele wurden Teil dieser widerständigen Linken.

Sich nicht treiben lassen von den Rechten, aber auch nicht treiben und einschüchtern lassen von der Angst vor dem Koalitionsbruch in Bremen – dafür stand und stehe ich im Landesverband ein. Dieses Jahr steigen wir in den Bürgerschaftswahlkampf ein – das müssen wir nutzen um selbstbewusst den Weg zu einem sozialistischen Gegenentwurf und eine Vision einer solidarischen, sozialen und mitbestimmten Stadtgesellschaft zu zeichnen. Für mich heißt es auch: **Eine Linke Regierungsbeteiligung muss die glaubhafte Perspektive zeigen, essentielle Bestandteile sozialistischer Politik umsetzen zu können** – etwa relevante Vergesellschaftungsprojekte voranzutreiben. 2023 haben wir ausführlicher dazu geschrieben ([siehe hier](#)).

Für eine sozialistische Gesundheitspolitik

Seit dem Arbeitskampf um den Tarifvertrag Entlastung an der Uniklinik Jena 2019, indem ich mich als Gesundheitsarbeiter und Genosse engagiert habe, ist der **Kampf für eine sozialistische Gesundheitspolitik meine Leidenschaft geworden**. Gerade hier zeigt sich

immer wieder deutlich, wie gravierend sich kapitalistische Verwertungslogik und fehlende öffentliche Kontrolle auf das Leben von Menschen auswirkt, wenn sie die bestimmenden Faktoren eines Versorgungssystems werden. Während erkämpfte Absicherungen der gesundheitlichen Versorgung immer weiter unter Beschuss genommen werden, zeigen sich etwa in der ärztlichen Versorgung auch in Bremen schon seit langem die Langzeiteffekte eines solchen Systems. **In den Stadtteilen erleben wir eine sich immer weiter verstärkende Ungleichverteilung ärztlicher Grundversorgung:** in Schwachhausen kommen beispielhaft ~1.190 Einwohner*innen auf eine*n Psychotherapeut*in und 4.600 auf eine*n Gynäkolog*in, während die 14.000 Woltmershauser*innen vor Ort nur zwei Psychotherapeut*innen und keine (!) gynäkologische Versorgung vorfinden. Das ist kein Einzelfall – vor Allem armutsbetroffene Stadtteile weisen eine ungleich schlechtere ärztliche Grundversorgung auf, obwohl der Bedarf hier besonders hoch ist. **Gleichzeitig nutzen Investor*innen die Stunde des steigenden Ärztlichen Mangels** und etablieren profitorientierte Ärztliche Versorgungszentren. Ich möchte als Abgeordneter für **kommunale Versorgungszentren und Polikliniken** streiten und die private Kontrolle zurückdrängen.

Ein Mandat für die Partei

Seit fast zehn Jahren bin ich aktiv für die Partei und übernehme ohne Unterbrechung Verantwortung. Seit Anfang an ist es mir ein besonderes Anliegen, **politische Bildungsarbeit innerhalb der Partei zu stärken und die Aufbauarbeit in den Stadtteilen zu stützen** – daraus erwachsen unter Anderem die Rote Frühlingsakademie, der Marxistische Salon oder auch die Woltmershauser Veranstaltungsreihe zur Stärkung der Ortsgruppe. An diese Arbeit will ich auch mit dem Einzug in die Bürgerschaft weiter anknüpfen. Klar ist: auch trotz der Ressourcen der Fraktion ist eine starke parlamentarische Arbeit angewiesen auf das ganze fachpolitische Wissen, die Perspektiven und die Kraft die in dieser Partei steckt – und am Ende auch auf die Entscheidungen die wir als Partei gemeinsam treffen.

Und klar ist auch: eine kritische linke parlamentarische Arbeit ist kein leichtes. Die Arbeitslast, das Parlament und seine Logiken gehen nicht ohne weiteres an Genoss*innen vorbei. Um hier heil durchzukommen und eine Arbeit nach meinen Ansprüchen leisten zu können, brauche ich einen Plan. Noch vor der Wahl will ich gemeinsam mit einigen Genoss*innen ein Konzept eines „Sozialistischen Mandats“ erarbeiten – welches Fragen zur Rolle von Abgeordneten in der Partei und strategischer Arbeitsweise diskutiert. Dazu gehört auch eine zuverlässige Rückkopplung in die Partei, damit wichtige Entscheidungen mit ihr und nicht an ihr vorbei getroffen werden, der Beitrag zum Parteiaufbau und **besonders wichtig: Ich will mich ersetzbar machen.** Dafür möchte ich bereits frühzeitig und gezielt Genoss*innen bei der parlamentarischen Arbeit mitnehmen und als Nachwuchs aufbauen. Das Argument „kein anderer kann was ich kann“ darf in 4 Jahren nicht mehr gelten.

Über eure Unterstützung für meine Kandidatur würde ich mich freuen.

Mit solidarischen Grüßen

Dmitri Zelenin

Ein paar Highlights aus meiner Parteibiografie

Seit 2025	Mit-Initiator und Aktiv in der Bremer Wohnkampagne
Seit 2024	Organisator und Initiator der Roten Frühlingsakademie Mit bisher 2 Auflagen jeweils 2025 und 2026
Seit 2024	Mitglied des Landesvorstandes Die Linke Bremen und Bremerhaven Gesundheits-, Pflege- und Drogenpolitischer Sprecher 2026 Wiedergewählt
2023	Mitglied der Facharbeitsgruppe Gesundheit in den Koalitionsverhandlungen
Seit 2023	Organisation regelmäßiger Veranstaltungen im Rahmen des Marxistischen Salons
2022 – 2023	Aktiv im Bremer Bündnis gegen Preiserhöhungen Mit zahlreichen Aktionen „Die Preise müssen runter!“
Seit 2020	Aktiv in der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit und Pflege v.A. Veranstaltungen, Konzept- und Programmarbeit
2019 – 2020	Aufbau und Mitarbeit im „Bündnis für mehr Personal am UKJ“ Zivilgesellschaftliches Bündnis zur Begleitung des Arbeitskampfes um den Tarifvertrag Entlastung am Universitätsklinikum Jena
2017 – 2022	Stadtvorstand und ab 2019 Vorsitzender Die Linke Jena
2016	Eintritt in die linksjugend Jena